Da hilft nur noch eine Vernehmlassung

Autor(en): **Hohner, Markus**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **117 (1991)**

Heft 11

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-605890

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Der Bundesrat ist ein Kollegium von sieben Einzelkämpfern

Da hilft nur noch eine Vernehmlassung

VON MARKUS ROHNER

Keine Zeitung oder Zeitschrift, die etwas auf sich hält und glaubt, das politische Gras in der Eidgenossenschaft wachsen zu hören, hat es in den letzten Wochen unterlassen, das Befinden unserer Landesregierung zum Gegenstand eines Berichtes werden zu lassen. Wie Mediziner liessen sich die Journalisten über das Wohlbefinden der sieben Herren aus, tiefschürfende Analysen wurden erstellt und rasch wirksame Rezepturen aufs Papier gebracht. Zur Lösung des Problems haben all die Ratschläge bis heute wenig beigetragen, der Alltag im Bundeshaus scheint wie gewohnt seinen normalen Verlauf zu nehmen. Doch dies ist eine politische Täuschung.

Gutinformierte Kreise aus dem Nervenzentrum der schweizerischen Politik haben uns Informationen zukommen lassen, die darauf hindeuten, dass die sieben Mannen im Bundesrat die kritischen Medienworte längst zur Kenntnis genommen haben und das Problem demnächst aus der Welt schaffen möchten.

«Aber wie ...», ist einem dem *Nebi* zugespielten Protokoll der jüngsten Bundesratssitzung zu entnehmen, «... wie wollen wir unser Volk wieder hinter uns scharen?» stellte Bundesrat Adolf Ogi seinen sechs Ratskollegen mit tränenerstickter Stimme die schicksalsschwere Frage. Da sei er vor drei Jahren frohen Mutes und voller Zuversicht ins schwere Amt gestiegen, um jetzt von allen Seiten attackiert zu werden. «So habe ich mir das Regieren natürlich nicht vorgestellt», wird der Berner SVP-Politiker deutlicher, «entweder liebt mich das Schweizervolk wieder – so wie die Briten ihre Queen Mum – oder ich lasse mich umgehend zum Bergbauern im Kandertal umfunktionieren.» Gemach, gemach kommen die ersten Einwände vom amtsältesten Mitglied der Landesregierung: «So schnell lässt sich ein Bundesrat nicht ins Bockshorn jagen», wirft Otto Stich dazwischen, «wir sieben sind schliesslich nicht ins Bundeshaus gezogen, um es allen recht zu machen.» Und dann beginnt der Finanzminister aufzuzählen, mit wem er sich in den letzten Jahren alles angelegt hat: den Automobilisten, den kantonalen Finanzdirektoren, den Finanzexperten von FDP, CVP und SVP, dem *Blick*, der *NZZ*, der Landwirtschaft, der Öllobby, den Buchhändlern, den Personalverbänden und gelegentlich auch mit seiner Frau Trudi. «Schaden genommen habe ich deswegen keinen», sagt der Solothurner verschmitzt und zieht genüsslich an seiner Pfeife.

Polit-Masochisten?

«Mais non, so geht es natürlich nicht», wird Jean-Pascal Delamuraz deutlich, «wir sind ja nicht in die Regierung gewählt worden, um mit der ganzen Schweiz auf Kriegsfuss zu stehen.» Schliesslich seien alle sieben hier im Bundesrat in erster Linie Menschen und keine Polit-Masochisten. Bei diesem wüsten Wort zieht CVP-Bundesrat Arnold Koller seine Mundwinkel spitz zusammen und denkt im geheimen an seine heile Innerrhoder Welt zurück, als der ehemalige Professor der Hochschule St.Gallen und Nationalrat noch unbestritten die politische Autorität Nummer 1 war und nicht als Prügelknabe einer ganzen Nation den Kopf hinhalten musste. «Mör sötted halt e chli meh rede mitenand», tönt es in urigem Appenzeller Dialekt durch das Bundesratszimmer, «soss fört das zo nütz.» Jean-Pascal Delamuraz und René Felber schütteln nur den Kopf und verstehen von diesen Worten etwa gleichviel wie von ihrer Landwirtschafts- beziehungsweise Aussenpolitik.

Indigniert und fatalistisch zugleich lassen die sieben Magistraten die Köpfe hängen. Die Geheimsprache, welche schon oft gebraucht worden war, schien auch jetzt wieder nicht zum Ziel zu führen, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Als Verteidigungsminister Kaspar Villiger ganz vorsichtig den Vorschlag mit der Armee ins Spiel bringt, um in diesem Land der Stänkerer und Unzufriedenen die Ordnung und den notwendigen Respekt vor den sieben Bundesräten wiederherzustellen, ist das Chaos perfekt.

Ein kräftiges «Halt!»

«So war das natürlich nicht gemeint», versucht sich der ehemalige Stumpen- und Velofabrikant vor den strafenden Blicken seiner Kollegen zu retten, «ich dachte einfach an einen befristeten Versuch, wie wir es demnächst mit den einreisewilligen Flüchtlingen auch machen werden.» Otto Stichs Gesicht läuft rot an, Parteikollege Felber murmelt etwas von «impossible», und die beiden CVP-Bundesräte sehnen sich nach der Zeit von Elisabeth Kopp zurück.

Mit einem kräftigen «Halt!» wird die sich im Bundesratszimmer ausbreitende Konsternation plötzlich verscheucht. Denn jetzt meldet sich jener Herr zu Wort, der bis anhin der ganzen Diskussion wortlos gefolgt war: Bundespräsident Flavio Cotti. «Auf diesem Niveau kommen wir natürlich nicht ans Ziel», sagt der Tessiner energisch, «wenn wir die Probleme lösen wollen, gilt es ganz andere Massnahmen in die Wege zu leiten.» Die sechs anderen Bundesräte betrachten mit grosser Verwunderung ihren Chef und warten gespannt auf das Rezept, welches Flavio Cotti der Landesregierung verschreiben möchte. «Wenn Sie mich fragen, liebe Kollegen, dann gibt es nur eines ...» – die Spannung im Sitzungszimmer wird immer grösser – «... wir können uns aus dieser verzwickten Situation nur dann retten, wenn bereits in den nächsten Tagen entsprechende Schritte zur Lösung des Problems unternommen werden.»

Lösung schon 1995

Fünf Tage nach der bundesrätlichen Klausursitzung lässt die Bundeskanzlei der Nation folgendes Communiqué zukommen: «Angesichts der in der Öffentlichkeit regelmässig diskutierten Spannungen im Bundesrat hat die Landesregierung unter dem Vorsitz von Bundespräsident Flavio Cotti beschlossen, eine fünfköpfige Expertenkommission damit zu beauftragen, Massnahmen vorzuschlagen, wie der Bundesrat als Kollegium wieder handlungsfähig werden könnte. Die Expertenmeinungen sollen anschliessend von der Bundeskanzlei in einem Bericht zusammengefasst werden, worauf Ende 1992 ein Vernehmlassungsverfahren in den Kantonen, bei den politischen Parteien und Wirtschaftsverbänden eröffnet werden soll.»

Spätestens im August 1995, kurz vor den übernächsten Nationalratswahlen, will der Bundesrat erneut über dem brisanten Thema in Klausur tagen und dann die entsprechenden Vorschläge endgültig in die Tat umsetzen. Bis dann, so heisst es im Communiqué weiter, müsse sich die Schweiz halt mit einer Landesregierung zufriedengeben, in der jeder nach seiner Fasson weiterwurstelt.